

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abbildungsverzeichnis.....</b>	<b>XXV</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis.....</b>	<b>XXIX</b>
<b>Erster Teil: Einleitung .....</b>	<b>1</b>
§ 1: Problemstellung.....	1
§ 2: Ziel der Arbeit .....	4
§ 3: Gang der Untersuchung .....	4
<b>Zweiter Teil: Hauptteil .....</b>	<b>9</b>
§ 1: Defizite der schlussrechnungs-basierten Kontrolle .....	9
A. Begriffliche und thematische Abgrenzung.....	9
I. Begriffliche Orientierung zur „Schlussrechnung“ .....	9
II. Abgrenzung zur externen Schlussrechnung .....	11
III. Funktion der Schlussrechnung .....	13
IV. Dogmatische Herleitung.....	15
V. Adressaten der internen Schlussrechnung .....	16
VI. Zwischenfazit .....	19
B. Empirische Beobachtungen zur Schlussrechnung.....	19
I. Rheinland-Pfälzisches Zentrum für Insolvenzrecht und Sanierungspraxis e.V.....	20
II. Dr. Eisner Insolvenz- und Wirtschaftsbegutachtungen AG.....	21
III. Mängel in der Schlussrechnungslegung .....	22
IV. Zwischenergebnis zu den empirischen Beobachtungen .....	23
C. Schlussrechnung im rechtspolitischen Diskurs .....	24
D. Ergebnis zu Defiziten der schlussrechnungs-basierten Kontrolle .....	27
§ 2: Principal-Agent-Theorie als Instrument zur Analyse von Kontrolleffektivität .....	29
A. Principal-Agent-Theorie als Ansatz der Neuen Institutionenökonomik .....	30
B. Ökonomischer Anreiz und Aufwand als Wesensmerkmale von Rechtspositionen .....	32
C. Die Principal-Agent-Theorie im Insolvenzverfahren .....	34

I.	Principal-Agent-Theorie.....	36
1.	Auftragsverhältnis zwischen Principal und Agent .....	36
2.	Vorteile durch Spezialisierung und vereinfachte Koordination .....	37
3.	Risiken und Auswirkungen bei den Auftraggebern .....	37
4.	Prämisse vom Eigeninteresse des Auftragnehmers.....	38
5.	Informationsvorsprung des Auftragnehmers .....	39
6.	Agenturkosten für Bindung des Auftragnehmers .....	40
a)	Auswahl des Auftragnehmers.....	41
b)	Überwachung des Auftragnehmers.....	41
c)	Selbstbindung des Auftragnehmers .....	42
7.	Zwischenergebnis zur Principal-Agent-Problematik .....	42
II.	Anwendbarkeit der Principal-Agent-Theorie auf die	
	Insolvenzverwaltung .....	43
1.	Gläubiger-Verwalter-Beziehung als Principal-Agent-Beziehung .....	43
2.	Effekte der treuhänderischen Verwaltung.....	45
a)	Einfache Insolvenzgläubiger.....	45
b)	Massegläubiger .....	46
c)	Absonderungsberechtigte Gläubiger .....	46
d)	Zwischenergebnis zu den Effekten einer suboptimalen Verwaltung .....	47
3.	Informationsasymmetrie im Insolvenzverfahren .....	48
a)	Eigenschaften und Ziele.....	48
(1)	Verwalterauswahl nach § 56 InsO.....	49
(2)	Verwalterauswahl mit Gläubigerbeteiligung nach § 56a InsO .....	49
(3)	Zwischenfazit zu Eigenschaften und Zielen .....	51
b)	Anstrengungen und Tätigkeiten.....	51
(1)	Zeitliche Gestaltung .....	51
(2)	Persönlicher Einsatz .....	52
(3)	Ermittlung von Vermögenspositionen.....	52
(4)	Ermittlung von Anfechtungssachverhalten.....	53
(5)	Zwischenfazit zu Handlungsspielräumen .....	54
c)	Bewertung der Tätigkeiten.....	54
(1)	Insolvenzspezifische Dienstleister.....	55
(2)	Bewertung von Forderungen .....	56
(3)	Zwischenfazit zur Bewertung von Tätigkeiten.....	56
d)	Zwischenergebnis zur Informationsasymmetrie .....	56
4.	Zwischenergebnis zur Anwendbarkeit der Principal-Agent- Theorie.....	56
5.	Insolvenzgericht-Verwalter-Beziehung als Principal-Agent- Beziehung .....	57

a) Historische Entwicklung der Insolvenzgericht-Verwalter-Beziehung .....	58
b) Insolvenzgericht-Verwalter-Beziehung nach Maßgabe der InsO .....	60
(1) Auftragsverhältnis .....	60
(2) Effekte der Insolvenzverwaltung .....	62
(3) Informationsasymmetrie .....	62
c) Ergebnis zur Insolvenzgericht-Verwalter-Beziehung .....	63
III. Schlussrechnung als Informationsinstrument .....	64
D. Ergebnis zur Anwendbarkeit der Principal-Agent-Theorie .....	64
<b>§ 3: Potentielle Zieldivergenzen .....</b>	<b>66</b>
A. Delegation von Tätigkeiten auf Dienstleister .....	67
I. Vorteile der Delegation von Tätigkeiten .....	68
1. Zeitvorteil .....	68
2. Spezialisierungsvorteil .....	69
3. Unabhängigkeit der Preisfindung .....	71
II. Kritische Aspekte bei der Delegation von Tätigkeiten .....	72
1. Kosten des externen Dienstleisters .....	72
2. Delegation als Umsatz für verbundene Dienstleister .....	74
III. Zwischenergebnis zur Delegation von Tätigkeiten .....	75
B. Einsatz besonderer Sachkunde .....	76
I. Delegation von Tätigkeiten an Externe mit besonderer Sachkunde ....	77
II. Leichtfertige Annahme der Angemessenheit der Übertragung .....	78
1. Unterschiedliche Risiken für Insolvenzmasse und Insolvenzverwalter .....	79
2. Umsatzchancen als Anreiz für den Einsatz besonderer Sachkunde .....	80
3. Praktische Schwierigkeiten bei der Bewertung von Sachverhalten .....	81
III. Zwischenergebnis zum Einsatz besonderer Sachkunde .....	83
C. Zurückhaltung bei Anfechtungen .....	83
I. Vorschlagspraxis als Instrument der Einflussnahme .....	84
II. Einfluss einzelner Gläubigergruppen .....	84
III. Pflicht zur Geltendmachung von Anfechtungsansprüchen .....	85
IV. Zwischenergebnis zur Zurückhaltung bei Anfechtungsansprüchen ....	87
D. Wirkungen des ESUG auf die Unabhängigkeit des Insolvenzverwalters ....	88
E. Poolverwalter als Insolvenzverwalter .....	90
I. Idee der Poolverwaltung .....	90

II.	Unabhängigkeit des Insolvenzverwalters gegenüber Poolverwaltern .....	91
F.	Fehlerhafte Berechnungsgrundlage für Vergütung .....	92
I.	Fehlerhafter Abzug von Masseverbindlichkeiten aus Einzelermächtigung .....	93
II.	Durchlaufende Posten .....	93
III.	Doppelberücksichtigung von halbfertigen Erzeugnissen und Anzahlungen .....	93
IV.	Berücksichtigung bereits entnommener Beträge .....	94
V.	Unsichere Massezuflüsse .....	94
VI.	Zwischenergebnis zu fehlerhaften Berechnungsgrundlagen .....	94
G.	Befriedigung von Insolvenzforderungen .....	95
H.	Vorzeitige Beendigung des Verfahrens .....	95
I.	Insolvenzgeld .....	97
J.	Ergebnis zu potentiellen Zielfolgen .....	98
<b>§ 4: Aufwand bei der Geltendmachung von Kontrollrechten .....</b>		<b>100</b>
A.	Aufwand der Gläubiger bei der Geltendmachung von Kontrollrechten .....	100
I.	Kenntnis von der Existenz der Schlussrechnung .....	100
1.	Zeitfenster für Einsicht in die Schlussrechnung .....	101
2.	Ort der Auslegung der Schlussrechnung .....	103
II.	Nachvollzug und Bewertung der Schlussrechnung .....	104
1.	Zuordnung der Buchungspositionen .....	104
2.	Bewertung des Zahlenwerks .....	105
III.	Einwendungen und Beanstandungen im Schlusstermin .....	107
1.	Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis .....	107
2.	Beanstandungen an der Schlussrechnung .....	107
IV.	Zwischenergebnis zum Aufwand der Geltendmachung von Kontrolle .....	109
B.	Kosten-Nutzen-Verhältnis .....	110
I.	Insolvenzgläubiger .....	110
II.	Massegläubiger .....	112
III.	Aussonderungsberechtigte .....	112
IV.	Absonderungsberechtigte .....	113
V.	Zwischenergebnis zum potentiellen Nutzen einer Kontrolle .....	114
C.	Gesetzliche Mechanismen zur Reduktion des Kollektivhandlungsproblems .....	115
I.	Prüfung durch das Insolvenzgericht .....	116
1.	Durchsetzung der Pflicht zur Schlussrechnung .....	116

a)	Fristsetzung .....	117
b)	Eidesstattliche Versicherung.....	118
c)	Zwangsgeld .....	118
d)	Entlassung .....	119
e)	Vergütung.....	120
f)	Delisting .....	120
g)	Zwischenfazit .....	121
2.	Prüfungsvermerk des Insolvenzgerichts .....	121
a)	Beanstandungen im Prüfbericht.....	121
b)	Prüfungsvermerk vs. Bestätigungsvermerk.....	123
c)	Zeithorizont für Prüfungsvermerk .....	123
d)	Anknüpfungspunkt für Gesamt- oder Einzelschäden .....	123
3.	Zwischenergebnis zur Prüfung durch das Insolvenzgericht.....	125
II.	Prüfung durch den Gläubigerausschuss.....	126
1.	Kontrollinteresse der Mitglieder des Gläubigerausschusses .....	126
a)	Eigeninteresse.....	126
b)	Gesetzliche Pflicht zur Überwachung .....	127
c)	Durchsetzung der gesetzlichen Pflicht.....	128
d)	Haftung bei Pflichtverletzung .....	128
e)	Zwischenergebnis zum Kontrollanreiz der Mitglieder des Gläubigerausschusses.....	129
2.	Rahmenbedingungen der Prüfung.....	129
a)	Kenntnis von Schlussrechnung .....	130
b)	Auskunftsanspruch gegen Insolvenzverwalter und Schuldner ...	130
c)	Unterschiedliche Prüfungsfähigkeiten der Ausschussmitglieder .....	131
d)	Erhöhter Prüfungsaufwand aufgrund erhöhten Prüfungsmaßstabs .....	132
e)	Zwischenergebnis zu den Rahmenbedingungen der Prüfung....	133
3.	Prüfungsbemerkungen des Gläubigerausschusses .....	133
4.	Zeitliche Abfolge der Ausschussprüfung und der gerichtlichen Prüfung .....	134
5.	Zwischenergebnis zur Prüfung durch den Gläubigerausschuss ....	136
III.	Sonderinsolvenzverwalter .....	137
1.	Bestellung des Sonderinsolvenzverwalters .....	138
2.	Zuschnitt der Aufgabe des Sonderinsolvenzverwalters .....	138
3.	Schwächen des Sonderinsolvenzverwalters.....	139
4.	Zwischenergebnis zum Mehrwert des Sonderinsolvenzverwalters .....	139
IV.	Auskunft und Berichte gegenüber der Gläubigerversammlung .....	140
1.	Einzelauskünfte.....	140
2.	Periodische Auskünfte .....	141

3. Delegationsbefugnis bei ausbleibendem Gläubigerausschuss .....	141
4. Verstärkte Kontrolle durch hybride Gläubigerversammlung? .....	141
5. Zwischenergebnis zum Mehrwert der Gläubigerversammlung ....	142
V. Zwischenergebnis zur Reduktion des Kollektivhandlungsproblems ...	142
D. Ergebnis zum Aufwand bei der Geltendmachung von Kontrollrechten.....	145
<b>§ 5: Inhaltliche Anforderungen an die Schlussrechnung .....</b>	<b>146</b>
A. Rechtshistorischer Ansatz zur Konkretisierung der Schlussrechnung .....	146
I. Preußische Konkursordnung und Konkursordnung des Deutschen Reichs .....	147
1. Enge Vorgaben der Preußischen Konkursordnung zur internen Rechnungslegung.....	147
2. Einfluss der Preußischen Konkursordnung auf die Konkursordnung des Deutschen Reichs .....	148
3. Allgemeingültigkeit, Konzentrationsfunktion und Langlebigkeit der Schlussrechnungsnorm .....	150
II. Der Gesetzgebungsprozess zu § 66 InsO .....	151
1. Zweiter Bericht der Kommission für Insolvenzrecht.....	152
2. Vom Diskussionsentwurf bis zur InsO .....	153
a) Erleichterung der Kontrolle .....	154
b) Praxisorientierte Änderungen .....	155
c) Zwischenfazit zur Entwicklung des § 66 InsO.....	156
3. Öffnung des § 66 InsO durch das ESUG/SanInsFoG .....	157
III. Zwischenergebnis zur historischen Entwicklung der Schlussrechnungsnorm .....	157
B. Inhaltliche Ansätze zur Konkretisierung der Schlussrechnung .....	160
I. Einnahmen-Ausgaben-Rechnung .....	160
1. Schlussrechnung nach Möhlmann-Mahlau/Schmitt/Becker .....	162
2. Schlussrechnung nach Basinski/Hillebrand/Lambrecht.....	164
3. Schlussrechnung nach Heyrath/Ebeling/Reck .....	169
4. Zwischenergebnis zur Gestalt der Einnahmen-Ausgaben-Rechnung .....	172
II. Schlussbilanz .....	174
III. Schlussbericht .....	176
1. Funktion des Schlussberichts .....	176
2. Struktur und Inhalt des Schlussberichts .....	178
a) Eckdaten der Insolvenzverwaltung.....	179
b) Beschreibung und Bewertung des Insolvenzverfahrens .....	179
c) Sensibilität im Hinblick auf Zieldivergenzen.....	180
d) Zwischenschritte zur Verfahrensbeendigung .....	181
e) Begleitende Unterlagen.....	181

f) Zwischenergebnis.....	182
IV. Weitere Schlussunterlagen neben der Schlussrechnung.....	182
1. Vergütungsantrag.....	182
2. Schlussverzeichnis.....	184
3. Öffentliche Bekanntmachung der Forderungen und der Verteilungsmasse.....	186
4. Stellungnahme des Schuldners .....	186
5. Schlussverteilungsbericht .....	186
6. Zwischenergebnis zu den weiteren Schlussunterlagen .....	187
V. Zwischenergebnis zu den Mindestanforderungen an eine Schlussrechnung.....	187
C. Ergebnis zu den Inhalten der Schlussrechnung.....	188
<b>§ 6: Ansätze zur Standardisierung der Schlussrechnung .....</b>	<b>191</b>
A. Hinweise zur Rechnungslegung des Instituts der Wirtschaftsprüfer .....	191
B. Standardkontenrahmen-InsO (SKR-InsO) .....	193
I. Wesensmerkmale des Standardkontenrahmens .....	194
1. Kontengruppen .....	195
2. Sachliche Differenzierung .....	196
3. Abbildungstiefe durch Unterkonten.....	201
4. Verfahrensbezogene Informationen .....	203
5. Informationen zum Verfahrensabschnitt.....	203
6. Grenzen der verfahrensbezogenen Informationen .....	205
7. Summen- und Saldenliste .....	206
8. Zwischenfazit zu den Wesensmerkmalen des SKR-InsO .....	208
II. Konten im Spannungsfeld potentieller Zielfolgen .....	209
1. Delegation von Tätigkeiten.....	209
a) Signalwirkung von Buchungen.....	210
b) Wirtschaftlich gerechtfertigte Delegation.....	211
c) Abgrenzung zwischen Mehraufwand und Doppelbelastung der Masse.....	211
d) Aussagekraft zur Delegation von Tätigkeiten .....	212
e) Ergebnis zur Aussagekraft bei delegierten Tätigkeiten.....	214
2. Einsatz besonderer Sachkunde.....	214
a) Zuordnung in Regel- und Sonderaufgaben mit Vergütungsrelevanz .....	216
b) Unterschiedliche Darstellungstiefe des SKR-InsO .....	217
c) Anzeichen für erhöhten Prüfungsbedarf.....	218
d) Ergebnis zur Aussagekraft beim Einsatz besonderer Sachkunde .....	218

3.	Zurückhaltende Ermittlung und Geltendmachung von Ansprüchen .....	219
a)	Begrenzte Indizwirkung absoluter Werte .....	219
b)	Notwendigkeit zur Realisierung von Nominalbeträgen .....	220
c)	Keine Untergliederung von Anfechtungsgegnern .....	221
d)	Ergebnis zur Aussagekraft zur Geltendmachung von Ansprüchen.....	221
4.	Poolverwaltung .....	222
5.	Fehlerhafte Ermittlung der Berechnungsgrundlage .....	222
6.	Befriedigung von Insolvenzforderungen .....	222
7.	Zwischenergebnis zum Aussagegehalt des SKR-InsO bei Zieldivergenzen .....	223
III.	Effekte und Reichweite des SKR-InsO .....	224
1.	Standardisierungsvorteil beim Auslesen von Informationen .....	224
a)	Moderate Vorteile für Gelegenheitsprüfer .....	225
b)	Erhebliche Vorteile für professionelle Prüfer.....	226
c)	Standardisierungsvorteil abhängig vom Verbreitungsgrad des SKR-InsO.....	226
2.	Erhöhte Kosten für Erstellung der Schlussrechnung .....	227
3.	Vorteil durch vergütungsrelevantes Zahlenwerk .....	229
4.	Geringer Effekt des SKR-InsO im Belegwesen.....	229
5.	Kein reduzierter Aufwand für Kenntnisnahme von der Schlussrechnung .....	230
6.	Keine verfahrensübergreifenden Informationen im SKR-InsO ....	230
7.	Keine Vorteile bei retrospektiver Kontrolle.....	231
8.	SKR-InsO in der Praxis und Kodifizierungsentwurf .....	232
9.	Zwischenergebnis zum Kontrollgewinn und der Reichweite des SKR-InsO .....	233
C.	Ergebnis zu den Standardisierungsansätzen .....	234
<b>§ 7: Prüfung der Schlussrechnung.....</b>		<b>239</b>
A.	Prüfungsgegenstand und Prüfungsmaßstab.....	240
I.	Prüfungsoption der Gläubiger und des Insolvenzschuldners.....	241
II.	Prüfungspflicht von Insolvenzgericht und Gläubigerausschuss .....	242
1.	Insolvenzgericht.....	243
a)	Prüfungsmaßstab der Rechtmäßigkeit .....	244
(1)	Rechtmäßigkeitsprüfung bzgl. zwingender Vorgaben.....	244
(2)	Zweckmäßigkeitsprüfung bzgl. der Nutzung von Spielräumen.....	245
(3)	Zwischenergebnis zum Prüfungsmaßstab des Insolvenzgerichts.....	246

b)	Insolvenzzweckwidrigkeit als Teil der Rechtmäßigkeitsprüfung .....	246
c)	Aussagegehalt des gerichtlichen Prüfungsvermerks .....	247
(1)	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers .....	247
(2)	Prüfungsvermerk des Insolvenzgerichts .....	248
(3)	Zwischenergebnis zur Gegenüberstellung von Testat und Prüfungsvermerk .....	250
d)	Zwischenergebnis zur Rechtmäßigkeitsprüfung .....	251
2.	Gläubigerausschuss .....	252
a)	Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit als Prüfungsmaßstab .....	254
(1)	Fallbeispiel 1: nicht rechtmäßig, zweckmäßig .....	255
(2)	Fallbeispiel 2: nicht rechtmäßig, nicht zweckmäßig .....	255
(3)	Fallbeispiel 3: rechtmäßig, nicht zweckmäßig .....	256
(4)	Fallbeispiel 4: rechtmäßig, zweckmäßig .....	256
b)	Zweckmäßigkeit vor dem Hintergrund rechtlicher Würdigung .....	257
c)	Praktischer Mehrwert der Bemerkungen des Gläubigerausschusses .....	259
d)	Zwischenergebnis zum Prüfungsmaßstab des Gläubigerausschusses .....	261
III.	Ergebnis zum Prüfungsgegenstand und Prüfungsmaßstab .....	262
B.	Prüfungsinhalte .....	263
I.	Prüfung der Rechtmäßigkeit .....	263
1.	Formelle Rechtmäßigkeitsprüfung .....	264
a)	Schlussrechnung .....	265
(1)	Anwendbarkeit der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung .....	266
(2)	Anforderungen an eine formell rechtmäßige Schlussrechnung .....	268
b)	Schlussbericht .....	269
c)	Zwischenergebnis zur formellen Rechtmäßigkeitsprüfung .....	272
2.	Materielle Rechtmäßigkeitsprüfung .....	273
a)	Prüfungsfelder mit erhöhtem Kontrollbedürfnis .....	273
b)	Prüfungsfelder mit allgemeinem Kontrollbedürfnis .....	275
c)	Zwischenergebnis zur materiellen Rechtmäßigkeitsprüfung .....	276
3.	Zwischenergebnis zur Rechtmäßigkeitsprüfung .....	276
II.	Prüfung der Zweckmäßigkeit .....	277
1.	Formelle Zweckmäßigkeitsprüfung .....	278
a)	Unzweckmäßigkeit in Kombination mit Rechtswidrigkeit .....	279
b)	Unzweckmäßigkeit bei Rechtmäßigkeit .....	279
c)	Unterschreiten anerkannter Standards der Insolvenzverwaltung .....	280

(1) Digitale Bereitstellung.....	280
(2) Kontinuität zwischen Zwischenrechnung und Schlussrechnung .....	281
(3) Übernahme von Standards zur Schlussrechnung.....	281
d) Zwischenfazit zur formellen Zweckmäßigkeit.....	281
2. Materielle Zweckmäßigkeitsprüfung .....	281
a) Schwierigkeiten bei der Zweckmäßigkeitsbewertung .....	282
b) Fallgruppen fehlender Zweckmäßigkeit.....	283
(1) Hohe Kostenpositionen .....	284
(2) Versäumnis einer Kostenbegrenzung .....	284
(3) Unterbliebene Investitionen.....	284
(4) Versäumte Massegenerierung .....	285
(5) Drittvergleich bei Interessenkonflikten .....	285
(6) Grenzen der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung .....	286
c) Zwischenfazit zur materiellen Zweckmäßigkeitsprüfung.....	286
3. Zwischenergebnis zur Zweckmäßigkeitsprüfung .....	287
III. Zwischenergebnis zu den Prüfungsinhalten .....	288
C. Operative Durchführung der Prüfung .....	292
I. Kassenprüfung als Orientierung für Schlussrechnungsprüfung .....	292
II. Anforderungen an die Schlussrechnungsprüfung .....	294
D. Ergebnis zur Prüfung der Schlussrechnung.....	296
<b>§ 8: Weitere Ansätze zur Steigerung der Kontrolleffektivität.....</b>	<b>299</b>
A. Ansätze des GAVI-Entwurfs.....	299
I. Inhaltliche Mindeststandards.....	300
II. Staatliche Rechnungsprüfungsstellen.....	301
III. Verstärkte Gläubigerbeteiligung .....	302
IV. Anderkonten und Haftpflichtversicherung .....	302
V. Verfahrenübergreifende Informationen zum Insolvenzverwalter ....	302
VI. Kritik am Gesetzesentwurf.....	303
VII. Geeignete Ansätze des GAVI.....	306
VIII. Ergebnis zum GAVI.....	307
B. Prüfung durch externe Sachverständige .....	308
I. Vor- und Nachteile der externen Schlussrechnungsprüfung .....	308
1. Spezialisierung.....	309
2. Kapazität.....	310
3. Unabhängigkeit der Mitglieder des Gläubigerausschusses .....	311
4. Negative Effekte .....	313
5. Zwischenfazit zu Vor- und Nachteilen .....	314
II. Varianten und Grenzen bei der Beauftragung eines Sachverständigen.....	315

1. Gläubigerausschuss.....	315
a) Beauftragung eines Sachverständigen .....	315
b) Prüfungsleistung der Ausschussmitglieder.....	317
c) Gläubigerausschuss als Voraussetzung für Sachverständigenbestellung.....	318
d) Zwischenergebnis zum Sachverständigen des Gläubigerausschusses.....	319
2. Insolvenzgericht.....	319
a) Delegation der Prüfung .....	320
(1) Rechtsgrundlage der Bestellung .....	321
(2) Besonderer Grund als Bestellungs Voraussetzung .....	321
(3) Funktionelle Zuständigkeit bei gerichtlicher Prüfung .....	322
(4) Prüfungsumfang des Sachverständigen .....	322
(5) Kosten als gerichtliche Auslagen .....	323
(6) Rechtsmittel gegen eine Bestellung.....	323
(7) Zwischenfazit zur gerichtlichen Bestellung eines Sachverständigen.....	324
b) Einwände gegen die Delegation .....	324
(1) Widerspruch zwischen Prüfungsfähigkeit und Delegationsbedarf.....	324
(2) Keine Auslagerung rechtlicher Bewertungen auf Gutachter .....	327
(3) Insolvenzeröffnungsgutachter in Abgrenzung zum Schlussrechnungsprüfer.....	328
(4) Rechtskonforme Erledigung hoheitlicher Aufgaben .....	330
(5) Zwischenfazit zu Einwänden gegen die Delegation .....	332
c) Kritische Stellungnahme zur Delegation der Prüfung.....	333
(1) Begrenzte Vereinbarkeit von Delegationsbedarf und Prüfungsfähigkeit .....	333
(2) Keine Delegation von rechtlicher Würdigung .....	334
(3) Ordnungsmäßigkeitsprüfung unterhalb rechtlicher Würdigung.....	335
(4) Anwendungsbereich für die Bestellung eines Sachverständigen.....	339
(5) Sachverständiger als Aufsichtsmaßnahme infolge gerichtlicher Prüfung .....	342
(6) Sachverständiger für die Ermittlung von Gesamtschäden.....	344
(7) Fazit der Stellungnahme .....	345
d) Ergebnis zur gerichtlichen Bestellung externer Sachverständiger .....	347
3. Gläubigerversammlung.....	348

4. Insolvenzverwalter.....	349
5. Ergebnis zur Vergabe von Prüfungsaufträgen .....	350
III. Ergebnis zur externen Prüfung der Schlussrechnung .....	351
C. Konfliktvermeidung per Fragebogen .....	352
I. Weitreichende Selbstauskunft .....	355
II. Prüfungsgegenstand .....	355
III. Ergebnis zur Konfliktvermeidung durch Fragebögen .....	358
D. Qualitätsmerkmale der Insolvenzverwaltung .....	359
I. Qualitätszertifikate .....	360
1. Überblick zu relevanten Qualitätszertifikaten.....	360
2. Kritik am Geltungsanspruch der Qualitätszertifikate.....	361
II. Grundsätze ordnungsgemäßer Insolvenzverwaltung (GOI) .....	362
1. GOI bezüglich der Schlussrechnung.....	363
2. GOI bezüglich potentieller Zieldivergenzen .....	364
3. Jährliche Kennzahlen.....	365
4. Ergebnis zur Kontrollwirkung der GOI .....	366
III. Ergebnis zur Wirksamkeit von Qualitätsmerkmalen.....	367
E. Steigerung der Zielkongruenz durch Erfolgskennzahlen .....	368
I. Erfolgskennzahlen.....	369
II. Größenklassen .....	371
III. Schwierigkeiten bei Rückschluss auf Leistung des Insolvenzverwalters.....	371
IV. Ergebnis zur Steigerung der Zielkongruenz durch Erfolgskennzahlen.....	372
F. Vergütungsantrag als Teil der Schlussrechnung .....	375
I. Vergütungsantrag als Voraussetzung für inhaltlich vollständige Prüfung.....	375
II. Parallelstruktur zwischen Vergütungsantrag und Schlussrechnung.....	377
III. Ergebnis zum Vergütungsantrag als Teil der Schlussrechnung.....	377
G. Zwischenberichte und Zwischenprüfung .....	378
I. Mehrwert der Zwischenberichte für das Insolvenzgericht .....	379
II. Mehrwert der Zwischenprüfung für den Gläubigerausschuss .....	379
1. Kassenprüfung durch den Gläubigerausschuss.....	380
2. Delegation der Kassenprüfung auf einen bestellten Sachverständigen .....	381
3. Zwischenprüfung durch den Gläubigerausschuss.....	382
4. Zwischenergebnis zur Zwischenprüfung für den Gläubigerausschuss.....	383
III. Fortgeschriebener Standardisierter Bericht (ForStaB) .....	384
IV. Mehrwert für den Insolvenzverwalter .....	387

V.	Ergebnis zu Zwischenprüfungen und Zwischenberichten .....	387
H.	Elektronische Informationen .....	389
I.	Digitale Informationsplattformen für die Öffentlichkeit .....	390
II.	Entwicklung verfahrensbezogener elektronischer Datenräume .....	393
III.	Entwicklung der freiwilligen Gläubigerinformationssysteme .....	395
	1. Einrichtung und Zugang zum Gläubigerinformationssystem .....	395
	2. Zweck der freiwilligen Gläubigerinformationssysteme .....	396
	3. Inhalt der freiwilligen Gläubigerinformationssysteme .....	397
	4. Weitere Arbeitserleichterung durch Gläubigerinformationssysteme .....	398
	5. Zwischenfazit zur Entwicklung freiwilliger Gläubigerinformationssysteme .....	399
IV.	Mehrwert der elektronischen Gläubigerinformationssysteme nach § 5 V InsO .....	400
	1. Alle die eigenen Forderungen betreffenden Unterlagen .....	400
	2. Alle Entscheidungen des Insolvenzgerichts .....	400
	3. Alle an das Insolvenzgericht übersandten Berichte .....	402
	4. Schlussrechnung im Gläubigerinformationssystem .....	402
	a) Schlussbericht und Zahlenwerk .....	403
	b) Prüfungsvermerk des Insolvenzgerichts .....	405
	c) Bemerkungen des Gläubigerausschusses .....	406
	5. Verfahrensbegleitende Prüfung .....	407
	6. Kosten des Gläubigerinformationssystems .....	408
	7. Gefahr querulatorischer Anfragen .....	408
	a) Keine Blockadeposition .....	408
	b) Kompensation bei umfangreichen Nachfragen .....	410
	8. Zwischenergebnis zur Schlussrechnung im Gläubigerinformationssystem .....	410
V.	Entwicklung des Gläubigerinformationssystems .....	412
	1. Ausweitung der Zugriffsberechtigten .....	413
	2. Ausweitung der Inhalte .....	415
	a) Öffentlich bekannt gemacht Informationen .....	415
	b) Verfahrensöffentliche Informationen .....	416
	c) Kontrollrelevante Informationen .....	417
	d) Belege der Schlussrechnung .....	418
	3. Automatisierung des Informationsflusses .....	421
	4. Ausweitung des Anwendungsbereichs .....	423
	5. Zwischenergebnis zum Entwicklungspotenzial eines Informationssystems .....	424
VI.	Hybride bzw. virtuelle Gläubigerversammlung .....	424
VII.	Ergebnis zur Bereitstellung elektronischer Informationen .....	425

I.	Zusammenfassung der weiteren Ansätze zur Steigerung der Kontrolleffektivität.....	427
I.	Informatorisch-repressive Ansätze .....	427
II.	Präventions- und Kongruenzansätze .....	428
III.	Verbesserungen der Kontrolleffektivität .....	429
IV.	Entwicklung der Kontrolle .....	430
V.	Zugewinn an Kontrolleffektivität, Einrichtungsaufwand, Anwendungshäufigkeit.....	431
1.	SKR-InsO .....	432
2.	ForStaB .....	433
3.	Fragebogen .....	433
4.	Kombinierter Vergütungsantrag .....	434
5.	Externer Prüfer des Gläubigerausschusses .....	434
6.	Zwischenprüfung .....	434
7.	Externer Ordnungsmäßigkeitsprüfer als gerichtliche Aufsichtsmaßnahme.....	435
8.	Qualitätsmerkmale .....	435
9.	Elektronische Informationen im Insolvenzverfahren .....	435
10.	Kennzahlen .....	436
<b>§ 9: Anwendbarkeit der Erkenntnisse auf weitere Varianten der Verfahrensbeendigung.....</b>		<b>437</b>
A.	Schlussrechnung bei anderen Formen der Verfahrensbeendigung.....	437
B.	Abweichende Regelung zur Schlussrechnung durch Insolvenzplan .....	440
I.	Schwache Gesetzesbegründung .....	441
II.	Bedarf einer Schlussrechnung im Planverfahren.....	443
III.	Anfänglich systemwidrige Verortung der Änderung .....	445
IV.	Disposition über Aufsicht des Insolvenzgerichts?.....	446
1.	Disposition über Informationsfluss? .....	447
a)	zeitlich nachlaufende Schlussrechnung (verzögerte Information) .....	448
b)	Ausbleibende Schlussrechnung (unterbundene Information)....	448
2.	Disposition über Prüfungskompetenz? .....	450
a)	Wortlaut „vor der Gläubigerversammlung“ .....	451
b)	Relevanz der Gläubigerversammlung für ESUG-Gesetzgeber .....	452
c)	Keine Akzessorietät zwischen Gläubigerversammlung und Schlussrechnung.....	453
d)	Akzessorietät zwischen Auftrag und Rechenschaft .....	454
e)	Funktion der Schlussrechnung für Vergütung und Gläubigerausschuss.....	454
f)	Wille des ESUG-Gesetzgebers .....	455

g) Bewertung nach der Principal-Agent-Theorie .....	456
h) Zwischenergebnis zur Planfestigkeit der gerichtlichen Schlussrechnungsprüfung .....	458
V. Ergebnis zur Abänderung der gerichtlichen Aufsicht durch Insolvenzplan .....	459
C. Ergebnis zur Anwendbarkeit der Erkenntnisse aus dem Regelverfahren....	460
<b>Dritter Teil: Ergebnisse .....</b>	<b>461</b>
<b>§ 1: Erkenntnisse zur Steigerung der Kontrolleffektivität .....</b>	<b>461</b>
<b>§ 2: Erkenntnisse zum Prüfungsgegenstand und -maßstab .....</b>	<b>464</b>
<b>§ 3: Beobachtungen zur Rechtsentwicklung .....</b>	<b>465</b>
<b>§ 4: Erklärungswert der Principal-Agent-Theorie.....</b>	<b>467</b>
<b>§ 5: Volkswirtschaftliche Dimension der Schlussrechnung .....</b>	<b>469</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>471</b>